**Sachanalysen zu den gesellschaftlichen Herausforderungen**

**Folgende gesellschaftlichen Herausforderungen wurden definiert:**

**- Identität, Gesellschaft und Demokratie**

**- Innergesellschaftliche und internationale Konflikte**

**- Sozialstruktur und soziale Ungleichheit**

**- Sozialer und kultureller Wandel**

**- Menschenrechte**

**- Soziotechnischer Wandel und Digitalisierung**

**- Ökonomie und Gesellschaft**

**- Globalisierung, globale Verflechtungen und Migration**

**- Nachhaltigkeit**

**Identität, Gesellschaft und Demokratie**

Jeder Mensch hat eine Identität, ein Ich-Bewusstsein. Es gibt in den Sozialwissenschaften (und der Psychologie) unterschiedliche Ansätze darüber, wie Identität entsteht und welchen Einfluss die Gesellschaft auf die Identitätsbildung hat.

Ein neuerer Ansatz wird in Pierre Bourdieus Theorie „Die feinen Unterschiede“ beschrieben. Identitätsbildung wird nach Bourdieu stark durch die Klassenzugehörigkeit und den hierdurch geprägten Geschmack und Habitus geprägt.

Die rollentheoretischen Ansätze sind etwas älter. Identität besteht z.B. nach Mead („Symbolischer Interaktionismus“) einerseits aus Persönlichkeitseigenschaften, die wir von Geburt an haben, z.B. Kreativität, Spontanität, biologische Triebe (Mead spricht vom *I*). Andererseits hat die Identität auch eine gesellschaftliche Dimension. Menschen unterliegen gesellschaftlichen Einflüssen, sie müssen unterschiedliche soziale Rollen einnehmen (Schüler, Arbeitnehmer, Freund, Konsument etc.). Ihr Handeln wird sozial bewertet. Es entsteht so nach Mead ein *Me*. Das *Me* enthält die Werte und Normen einer Gesellschaft, die vom *I* synthetisiert werden müssen (*Self*: Identität). Im *Me* sind auch die sozialen Erwartungen, die andere an eine Person stellen, enthalten und ebenso die Rückmeldungen, die ein Individuum von anderen Personen erhält („Du bist klug“, „Du bist schön“, „Mädchen können keine Mathematik“ etc.).

Wenn Menschen z.B. sozialen Rollenerwartungen, die für sie und die Gesellschaft bedeutsam sind, nicht entsprechen können, führt das oft zur Herausbildung von „beschädigten Identitäten“. Analphabeten z.B. können ein negatives Selbstkonzept entwickeln. Die negativen Erfahrungen (Scheitern in der Schule, im Arbeitsleben) und Stigmatisierungserfahrungen durch Dritte führen dazu, dass diese Person/Personengruppe ein negatives Selbstbild entwickelt.

Menschen können bestehende soziale Normen und Werte aber auch willentlich in Frage stellen und so dazu beitragen, dass diese sich wandeln (z.B. gesellschaftliche Einstellungen zu Familie, Partnerschaft oder auch zum Wahlverhalten).

Neue soziale Erwartungen und Erfahrungen, z.B. die Begegnung mit Menschen, die andere soziale Werte vertreten, können die Identität verändern, innere Konflikte verursachen und zu sozialen Unsicherheiten führen. Menschen, die ein stabiles Identitätskonzept haben, können mit diesen Unsicherheiten aber umgehen.

Identitätsbildung ist ein lebenslanger, sozialer Prozess.

Identitätspolitik ist auch Teil der politisch-demokratischen Bildung:

* So können soziale Vorurteile vor dem Hintergrund der eigenen sozialen Identität analysiert, geklärt und ggf. auch aufgelöst werden.
* In jeder Gesellschaft gibt es soziale Gruppen, die stigmatisiert werden, z.B. Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund. Durch gezielte Identitätspolitik (z.B. Herstellung positiver Selbst- und Fremdbilder, Umdeutung des Stigmas) kann versucht werden, die Stigmatisierung abzubauen und so soziale Ungleichheit zu reduzieren.
* „Demokratie-Lernen“ ist auch Identitätspolitik, indem demokratische Verhaltensweisen als Erwartung an die Rolle des Bürgers in der Demokratie definiert werden.

**Institut für Demokratiepädagogik (2018): Demokratie macht Schule, Katalog 2019, Workshop: Vorurteile und Rassismus, S. 11; Meine Stimme zählt, S. 14; Workshop Europapuzzle: Macht euch mit der europäischen Geographie und ihren Kulturen vertraut! S. 20; Die Demokratiefabrik, S. 27; Argumentationstraining gegen „coole Sprüche“ und gegen Vorurteile und Rassismus, S. 32; online verfügbar: www.idp-dg.be.**

**Innergesellschaftliche und internationale Konflikte**

Beim Zusammenleben von Menschen können Interessengegensätze und Konflikte auftreten, die auf unterschiedlichen Annahmen, Zielen und sozialen Haltungen (Werten, Vorerfahrungen, Charaktereigenschaften etc.) beruhen. Interessengegensätze münden oft in einen Konflikt, weil unterschiedliche Ziele verfolgt werden.

Konflikte können in unterschiedlichen Formen stattfinden: als Konflikt, den ein Mensch mit sich austrägt; als Konflikt zwischen zwei Menschen (in der Familie, einer Schulklasse, beim Einkaufen etc.), zwischen organisierten Interessengruppen oder auch zwischen Staaten und supranationalen Organisationen (z.B. Europäische Union). Konflikte sind per se nicht schlecht, weil sie zu einem Interessensausgleich beitragen können. Die Konfliktmächtigkeit einer Person und einer Interessengruppe hat Auswirkungen darauf, wie stark diese ihre Positionen im Konflikt einbringen und durchsetzen können.

In der Politik geht es im Wesentlichen um Konfliktregulierung. Von großer Bedeutung ist es daher, den Umgang mit Konflikten zu lernen. Der Vermittlung von Kompetenzen zur Analyse, dem Verstehen und Regulieren von sozialen und politischen Konflikten kommt deshalb in der politisch-demokratischen Bildung eine große Bedeutung zu.

Die Wahrnehmung und das Verhalten bei Konflikten sind stark durch das gesellschaftliche und das kulturelle Umfeld sowie durch Erfahrungen geprägt.

Im Unterricht gilt es, an ausgewählten Beispielen soziale und politische Konflikte zu analysieren (Worüber wird gestritten? Welche Interessen werden verfolgt? Wer kooperiert mit wem und warum?), in Simulationen auszutragen (Konfliktanalyse, Pro- und Contra-Debatte, Rollenspiel etc.) und das Konfliktverhalten sowie die eigene gesellschaftliche Verortung zu reflektieren.

In der Auseinandersetzung mit bi- und supranationalen politischen, ökonomischen und kulturellen Konflikten lernen Schüler und Schülerinnen zudem, welche Bedeutung internationale Organisationen wie zum Beispiel die UNO, die WTO (World Trade Organization/ Organisation mondiale du commerce, OMC) bei der Regulierung von internationalen Konflikten haben.

**Institut für Demokratiepädagogik (2018): Demokratie macht Schule, Katalog 2019: Das Spiel der Stühle, S. 13; Belgien für Dummies: Wie funktioniert der Staat, S. 15; Democracity. Mitmachen statt motzen – der Bürger hat die Wahl, S. 25; online verfügbar: www.idp-dg.be.**

**Sozialstruktur und soziale Ungleichheit**

Sozialstruktur beschreibt den Aufbau einer Gesellschaft, indem sie in soziale Ordnungssysteme eingeteilt wird (Schicht, Klasse, Stand, Kaste etc.). Die Zuordnung zu einer sozialen Schicht erfolgt anhand von Merkmalen wie zum Beispiel soziale Herkunft, Bildungsstand, Besitz und Einkommen, Geschlecht. Die Sozialstrukturanalyse beschäftigt sich mit der Erforschung der Sozialstruktur, z.B. dem Wandel dieser (Auf- und Abstiegsprozesse, soziale Bewertungen von Merkmalen, die statusrelevant sind). Massive Auswirkungen auf die Sozialstruktur in vielen Staaten werden in Zukunft durch die Digitalisierung der Arbeitswelt erwartet.

Mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht sind Lebenschancen verbunden. Je höher die Schichtzugehörigkeit einer Person, desto höher ist statistisch z.B. ihre Lebenserwartung. Man spricht von „sozialer Ungleichheit“, wenn soziale begehrte materielle (Vermögen, Einkommen) und immaterielle (Bildung, soziale Beziehungen, Gesundheit) Ressourcen in einer Gesellschaft dauerhaft so verteilt sind, dass bestimmte Bevölkerungsteile regelmäßig bessere oder schlechtere Lebens- und Verwirklichungschancen haben als andere Gruppierungen. Mit dem Konzept der „sozialen Ungleichheit“ wird ein soziales Phänomen beschrieben, nicht aber ethisch bewertet. Ob und ab welchem Grad soziale Ungleichheit als „ungerecht“ empfunden wird, ist abhängig von kulturellen und individuellen gesellschaftlichen Vorstellungen. Anhänger der Leistungsgesellschaft (des Liberalismus) argumentieren z.B., dass ein gewisser Grad sozialer Ungleichheit notwendig ist, weil er Leistungs-, Innovations- und Risikobereitschaft fördert und gerecht ist, weil Menschen unterschiedlich hohe Leistungen für die Gesellschaft erbringen.

Ein hoher Grad sozialer Ungleichheit ist politisch, ökonomisch und gesellschaftlich allerdings problematisch. So stellte der Internationale Währungsfonds 2014 in einer Studie fest, dass Volkswirtschaften mit geringerer sozialer Ungleichheit ein höheres Wachstum haben als Volkswirtschaften mit ausgeprägter sozialer Ungleichheit. Des Weiteren destabilisiert soziale Ungleichheit die Demokratie, was derzeit seinen Ausdruck z.B. in der Nichtteilnahme an Wahlen, der Ablehnung demokratischer Werte, der Abwendung von „etablierten“ Parteien und dem Zulauf zu rechtsextremen/rechtspopulistischen Parteien findet.

Starke soziale Ungleichheit in Staaten ist auch eine Ursache für globale Migrationsbewegungen, auch infolge der Globalisierung.

Sozial-, bildungs-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit auf nationaler und globaler Ebene sind daher notwendig.

Lehr- und lernmethodisch kann die gesellschaftliche Herausforderung „Sozialstruktur und soziale Ungleichheit“ wie folgt umgesetzt werden: Vergleichende Analyse von Sozialstrukturtheorien, Analyse von Statistiken und Grafiken, Fallstudie zum Thema „Soziale Ungleichheit und Gesundheit (Bildung)“, soziale Ungleichheit und globale Migration (auch am Beispiel historischer Migrationsbewegungen), Vergleich von Wohlfahrtssystemen und dahinterliegenden Gesellschaftsmodellen und Gerechtigkeitsvorstellungen (Esping-Andersen).

**Sozialer und kultureller Wandel**

Von einem sozialen und kulturellen Wandel spricht man, wenn sich gesellschaftliche Strukturen über einen längeren Zeitraum nachhaltig verändern. Sozialer Wandel findet, wenn auch in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, immer statt und kann auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen und Bereiche erfolgen:

- Die Sozialstruktur eines Staates kann sich verändern, so wird z.B. gegenwärtig die Mittelschicht in vielen westlichen Industriestaaten kleiner.

- Es kann ein kultureller Wandel erfolgen (z.B. die Einstellung zur Ehe und Partnerschaft) oder der Wandel der Umgangs- und Kommunikationsformen durch Soziale Medien.

- Sozialer Wandel erfasst auch die Arbeitswelt, die in immer mehr Lebensbereiche einwirkt (z.B. durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit, des Arbeitsortes, der Arbeitsabläufe).

Nicht alle sozialen Gruppen sind in gleicher Weise von Phänomenen des sozialen und kulturellen Wandels betroffen. Manche Veränderungen betreffen die gesamte Gesellschaft, von anderen sind hingegen nur einzelne Sozialgruppen betroffen.

Sozialer und kultureller Wandel kann durch eine Vielzahl von Entwicklungen und Ereignissen (z.B. durch technische Innovationen, durch die Globalisierung) ausgelöst und von Politik und Interessengruppen auch gezielt forciert werden (z.B. durch Informationskampagnen, Gesetzgebung, Subventionen, Auflagen, Steuerpolitik). Die Politik versucht zum Teil durch Gesetzgebung und politische Maßnahmen den sozialen und kulturellen Wandel, zumindest ihre Auswüchse, zu regulieren. Wie erfolgreich diese Maßnahmen der Politik sind und sein können, ist umstritten und muss im Einzelfall betrachtet werden.

Sozialer und kultureller Wandel erzeugt vielfach Unsicherheit. Er führt oft auch zu sozialen Konflikten (z.B. Debatten über Geschlechterverhältnisse, die Bewertung der Globalisierung und Ökonomisierung, Kontroversen über soziale Zugehörigkeit und Ausschluss).

Gegenwärtig zeichnet sich in Studien zur politischen Einstellungsforschung in den westlichen Staaten ein verstärkter Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Strukturen ab. Ob sich dieser Trend fortsetzt, muss beobachtet werden. Erforderlich sind Maßnahmen, die das Vertrauen in die Demokratie wieder stärken.

Zur Analyse von Prozessen des sozialen und kulturellen Wandels bieten sich historische Vergleiche an. Sozialer Wandel kann auch im Unterrichtsfach Kunst über die Analyse von Bildern (z.B. die Darstellungen von Kindern und Familien) oder im Musikunterricht (Analyse von Musiktexten, Musikstilen) erschlossen werden. Sozialer und kultureller Wandel, die politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Wechselwirkungen können des Weiteren auch am Beispiel „Ernährung“ bearbeitet werden.

**Institut für Demokratiepädagogik (2018): Demokratie macht Schule, Katalog 2019: „Das perfekte Dinner. Essen bedeutet wählen!“, S. 28; online verfügbar: www.idp-dg.be.**

**Menschenrechte**

Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen haben sich 1948 die Unterzeichnerstaaten zu den allgemeinen Grundsätzen der Menschenrechte bekannt. Die Verabschiedung der UN-Menschenrechtscharta erfolgte unter dem Eindruck des Ersten und des Zweiten Weltkriegs. Im ersten der 30 Artikel umfassenden Menschenrechtscharta wird ausgeführt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ (Online: https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR\_Translations/ger.pdf)

Die UN-Menschenrechtscharta ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern vor allem eine Absichtserklärung. In vielen Staaten ist die UN-Menschenrechtscharta aber in nationales Recht eingegangen. Die Unterzeichnerstaaten müssen in regelmäßigen Abständen Staatenberichte zum Stand der Umsetzung vorlegen.

Insgesamt hat die UNO nur eingeschränkte Möglichkeiten, die UN-Menschenrechtscharta durchzusetzen. In welchem Ausmaß die internationale Staatengemeinschaft bereit ist, diese in Konfliktfällen durchzusetzen, ist auch abhängig von geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen (z.B. Handelsbeziehungen).

An internationalen Gerichtshöfen, wie z.B. dem UN-Strafgerichtshof in Den Haag, werden in Verfahren Menschenrechtsverletzungen wie Genozide, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder Angriffskriege geahndet.

Ergänzend zur UN-Menschenrechtscharta haben die Vereinten Nationen mittlerweile zehn Menschenrechtsabkommen verabschiedet, die für alle Staaten, die diese ratifiziert haben (beigetreten sind), völkerrechtlich bindend sind, z.B. die UN-Anti-Folterkonvention, die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention oder den UN-Sozialpakt.

Manche Staaten kritisieren, dass die UN-Menschenrechtskonvention und die nachfolgenden Menschenrechtsabkommen stark durch westliche Vorstellungen von Menschenwürde bestimmt seien (Eurozentrismus). Seit den 1960er-Jahren haben jedoch auch Staaten des globalen Südens (z.B. viele afrikanische Staaten im Rahmen der Dekolonialisierung) einen starken Einfluss auf die Weiterentwicklung der Menschenrechte. Zudem spiegelt diese These oft auch die Position der Machthabenden wider und nicht die Perspektive derjenigen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind.

Neben der UN-Menschenrechtskonvention gibt es weitere regionale, supranationale Menschenrechtsabkommen, z.B. die Europäische Menschenrechtskonvention, die 1953 in Kraft getreten ist. Nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenweges kann jeder Bürger/jede Bürgerin eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg einreichen.

Eine unterrichtliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Menschenrechte“ kann wie folgt umgesetzt werden: Fallanalysen, Collagen zu ausgewählten Menschenrechten erstellen, Filmbeitrag erstellen, Theater, ein Vergleich von Klassenregeln zum sozialen Miteinander mit Artikeln aus der UN- oder der EU-Menschenrechtskonvention, Befragung von Aktivisten, die sich in NGOs für Menschenrechte einsetzen.

**Institut für Demokratiepädagogik (2018): Demokratie macht Schule, Katalog 2019: Workshop Flucht und Asyl, S. 10.; Workshop: Vorurteile und Rassismus, S. 11; online verfügbar: www.idp-dg.be.**

**Soziotechnischer Wandel und Digitalisierung**

Technologische Innovationen initiieren oft auch einen sozialen und kulturellen Wandel (z.B. die Erfindung des Buchdrucks, der Dampflok, der Glühbirne, des Internets). Technologischer Wandel wird zugleich als Fortschritt gefeiert und mit Misstrauen begegnet. Historisch steht hierfür zum Beispiel die kulturgeschichtliche Epoche der Romantik, die als Gegenreaktion zur Industrialisierung (Entstehung von Fabriken und Veränderung der Produktionsweisen, Verstädterung, Landflucht, sozialstruktureller Wandel, Entstehung der sozialen Frage etc.) aufkam.

Insbesondere mit Blick auf Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten wird der technologische Wandel oft kritisch diskutiert. Historisch zeigt sich aber, dass bisher langfristig sogar mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden, z.B. indem durch technische Innovationen die Produktionskosten gesenkt und durch niedrigere Preise die Nachfrage nach einem Gut gesteigert werden konnte. Dennoch, Automatisierung (Strukturwandel) produziert immer auch Verlierer. So verlieren Arbeitnehmer ihre Arbeitsstelle, wenn ihre Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht werden. Der steigende Konsum von Gütern hat zudem auch Schattenseiten, weil z.B. die Umwelt (Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung, Entsorgung) massiv belastet wird.

Nach Berechnungen der OECD sollen bis 2035 durch die Digitalisierung in manchen Staaten bis zu 50 Prozent der Arbeitsplätze ganz oder teilweise bedroht sein.

Die Digitalisierung ist eine sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung, die uns in den nächsten Jahrzehnten beschäftigen wird. Sie wirft ethische Fragen auf, z.B. wie wird die vorhandene Arbeit verteilt? Was geschieht mit den Menschen, deren Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht wird? Auch die Berufsorientierung muss sich mit dieser Thematik befassen. Kann man jungen Menschen eine Berufsausbildung in einem Beruf empfehlen, der durch die Digitalisierung stark bedroht ist? In manchen technischen Berufen, z.B. dem des Industrie- und Werkzeugmechanikers, geht man von einer Substituierungsquote von über 74 Prozent aus.

Weitere Formen des technologischen Wandels, die bereits heute diskutiert werden, sind Innovationen im Bereich der Kommunikation. Wie verändern Soziale Medien die politische Kommunikation? Gehen von Sozialen Medien Gefährdungen für die Demokratie aus? Sollte das Internet stärker reguliert werden? Welche Rechte haben Menschen (bzw. ihre Erben) an ihren persönlichen Daten, Fotos etc.? Wie verändern sie das soziale Miteinander?

Ethische Fragen werden auch im Kontext der Biotechnologie geklärt werden müssen (z.B. Eingriffe in das menschliche Erbgut). Sie eröffnen aber auch Chancen, indem z.B. Krankheiten besser behandelt werden können.

Die gesellschaftliche Herausforderung „Soziotechnischer Wandel und Digitalisierung“ kann im fachübergreifenden Unterricht der Naturwissenschaften thematisiert werden. Möglich ist aber auch eine Kooperation mit der Unterrichtsfächern Ethik, Geschichte und Kunst.

**Ökonomie und Gesellschaft**

Auch bei der gesellschaftlichen Herausforderung „Ökonomie und Gesellschaft“ gilt es, exemplarisch Inhalte und Themen auszuwählen. Drei zentrale Entwicklungen, die im Kontext von Ökonomie und Gesellschaft gegenwärtig diskutiert werden, sind: Arbeitslosigkeit, Globalisierung und die Ökonomisierung der Gesellschaft.

Im Gegensatz zu dem oft verbreiteten sozialen Vorurteil vom „faulen Arbeitslosen“ sucht die weit überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen eine Arbeitsstelle. Arbeitslosigkeit oder die Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle ist für die Betroffenen fast immer eine psychisch stark belastende Situation. Die Gefahr psychisch zu erkranken (Depressionen etc.) nimmt bei Menschen, die arbeitslos sind, deutlich zu. Erwerbsarbeit dient nicht nur der materiellen Existenzsicherung, sondern ist auch identitätsstiftend. Sie strukturiert das Leben und eröffnet Chancen, soziale Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Studien belegen, dass sich das soziale Beziehungs- und Unterstützungsnetz von Arbeitslosen schnell ausdünnt.

Arbeitslosigkeit ist eine Ursache für Migration und sie trägt dazu bei, dass sich die Arbeitsmärkte zunehmend globalisieren. Unter Globalisierung wird der Prozess der weltweiten Vernetzung auf unterschiedlichen Ebenen, z.B. Wirtschaft, Politik, Kultur, Kommunikation, Umwelt verstanden (siehe: gesellschaftliche Herausforderung: Globalisierung, globale Verflechtung und Migration). Menschen ziehen dorthin, wo es Arbeit gibt und Unternehmen verlagern ihre Produktion in Staaten, Regionen etc., in denen sie kostengünstigere Produktionsbedingungen (niedrige Löhne, geringe Sozial- und Umweltschutzstandards, staatliche Subventionen, geringere Steuersätze etc.) finden. Tendenziell sinken in den westlichen Industriestaaten, insbesondere bei den unteren Lohngruppen, die in besonders starker globaler Konkurrenz stehen, die Entgelte. In den sog. Entwicklungsstaaten werden Arbeitnehmer oft ausgebeutet. Sie erhalten vielfach Löhne, die nicht existenzsichernd sind und arbeiten vielfach ohne ausreichenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. Soziale Ungleichheit nimmt so innerhalb von Staaten und auch im internationalen Vergleich zu.
Die Globalisierung und die Digitalisierung der Arbeitswelt (siehe gesellschaftliche Herausforderung: Soziotechnischer Wandel und Digitalisierung) macht es notwendig, supranationale Ansätze im Bereich der Wirtschafts- Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln (z.B. in der Europäischen Union). Gefordert wird auch eine stärkere internationale Vernetzung der Gewerkschaften, damit Arbeitnehmer in verschiedenen Staaten nicht gegeneinander ausgespielt werden.
Die Ökonomisierung der Gesellschaft ist eng verbunden mit der Globalisierung. Ökonomische Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus (z.B. möglichst unregulierte Märkte, Effizienzorientierung) werden global auf immer mehr Gesellschafts- (z.B. Schulen, Hochschulen, öffentliche Verwaltungen, soziale Arbeit) und Lebensbereiche (z.B. Arbeit, Sport, soziale Beziehungen) übertragen. Vom Arbeitnehmer wird erwartet, dass er wie ein Unternehmen agiert, d.h. seine Arbeitskraft optimiert (Fortbildung, Gesundheitsvorsorge, Selbstpräsentation), flexibel (Arbeitszeit, Arbeitsort) und mobil (hinsichtlich des Arbeitsortes) ist. Er soll seine Arbeitskraft und sein Leben so organisieren, dass er sich flexibel in liberalisierten Arbeitsmärkten (Lockerung des Kündigungsschutzes, Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Tätigkeit als Leiharbeiter/Selbstständiger in Projekten) bewegen kann.
In Teilen kommt diese Art der Arbeitsorganisation vielen Menschen sehr entgegen. Viele Arbeitnehmer möchten heute flexibler (z.B. Arbeitszeit, Arbeitsort) und eigenverantwortlicher arbeiten. Die Arbeitszufriedenheit steigt, wenn Arbeitnehmer selbstständig agieren können. Sie belastet andererseits aber auch, weil die Entgrenzung der Arbeit (z.B. permanente Erreichbarkeit, Optimierungsdruck) Menschen extrem fordert. Die Unsicherheit prekärer Beschäftigung belastet viele Arbeitnehmer psychisch. Des Weiteren werden die Familienplanung sowie die Pflege sozialer Beziehungen erschwert.

**Institut für Demokratiepädagogik (2018): Demokratie macht Schule, Katalog 2019: Eine zweispurige Welt, S. 12; online verfügbar: www.idp-dg.be.**

**Globalisierung, globale Verflechtungen und Migration**

Globalisierung bezeichnet den Vorgang einer zunehmenden internationalen Verflechtung im Bereich der Wirtschaft (z.B. Handel), der Umwelt (z.B. Umweltverschmutzung, Ressourcennutzung, Nachhaltigkeit), der Kultur (z.B. Soziale Medien, Filme, Musik), der Kommunikation (Internet: Soziale Medien), der Mobilität und Migration, der Wissenschaft und der Politik. Aufgrund der starken globalen Vernetzung können viele gesellschaftliche Herausforderungen heute kaum noch auf Ebene der Nationalstaaten reguliert werden, sondern nur auf supranationaler, globaler Ebene.

Die Globalisierung hat Vor- und Nachteile, wobei diese Bewertung abhängig ist von kulturellen und politischen Einflüssen.

Als Vorteil gilt die Breite des Warenangebots, das Menschen durch den internationalen Handel und die Verbesserung der Logistik (Lieferketten) zumindest in den Industriestaaten offeriert wird. Durch die internationale Arbeitsteilung und den internationalen Wettbewerb können Güter zudem zumeist kostengünstiger angeboten werden. Freihandel im Zuge der Globalisierung hat vielen Menschen materiellen Wohlstand gebracht und fördert das Wirtschaftswachstum.

Die Globalisierung produziert aber auch sogenannte „Globalisierungsverlierer“, denn Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Arbeitnehmer in der Warenproduktion oder auch im Dienstleistungssektor werden verstärkt in Staaten mit niedrigen Löhnen verlagert. In diesen Niedriglohnstaaten sind zudem oft auch die Arbeitsbedingungen (lange Arbeitszeiten, unzureichender Arbeitsschutz, ungenügende soziale Absicherung etc.) schlechter.

Die Globalisierung hat mit dazu beigetragen, dass in vielen Industriestaaten ein Niedriglohnsektor entstanden ist. Mit der Liberalisierung der Arbeitsmärkte wollte man die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Unternehmen sichern (Lockerung des Kündigungsschutzes, Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse etc.). Das hat jedoch auch dazu geführt, dass sich Angehörige der Mittelschicht verstärkt mit einer (zuweilen nur gefühlten) Abstiegsbedrohung konfrontiert sehen. In manchen Industriestaaten ist der Anteil der Mittelschicht in den letzten fünfzehn Jahren tatsächlich gesunken (z.B. Deutschland, USA). Zum Teil ist dies aber auch auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen. Parallel haben sich die Chancen des sozialen Aufstiegs verschlechtert (nachlassende Aufstiegsdynamik).

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in vielen Staaten und sinkende Zustimmungswerte für die Demokratie werden u.a. auf diese Entwicklung zurückgeführt.

In vielen sogenannten Entwicklungsländern hat der internationale Welthandel dazu geführt, dass die heimische Produktion nicht mehr rentabel war. Mit den Preisen der oft stark subventionierten Agrarwirtschaft der Industriestaaten können kleine landwirtschaftliche Betriebe in den sogenannten Entwicklungsländern nicht konkurrieren (z.B. die Geflügelproduktion, die Milchwirtschaft). Das verstärkt die bestehenden sozialen, ökonomischen und politischen Krisen in diesen Staaten und führt dazu, dass die Arbeitsmigration zunimmt. Man spricht von der Globalisierung von Arbeit und Beschäftigung. Menschen gehen dorthin, wo sie Chancen sehen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Beispielhaft hierfür ist die gegenwärtige Migrationsbewegung nach Europa.

Im Rahmen der unterrichtlichen Auseinandersetzung bieten sich historische Vergleiche an, z.B. ein Vergleich der Ursachen und Auswirkungen mit der Auswanderung von Europa in die USA und Kanada im 19. Jahrhundert.

Mit dem Fokus auf wirtschaftliche Verflechtungen können exemplarisch auch die globalen Handels- und Produktionswege eines Gutes unter der Perspektive der Nachhaltigkeit analysiert und problematisiert werden.

Das Thema Globalisierung wird nur ausgehend von den negativen Auswirkungen bearbeitet. Es sollten aber auch die Vorteile aufgezeigt werden (Warenangebot, Mobilität: Reisen, Pflege von sozialen Kontakten über Grenzen hinweg). Die Globalisierung ist auch für die Sicherung des Friedens bedeutsam, weil z.B. globale Verflechtungen auf den Finanzmärkten und den Gütermärkten internationale Kooperation erfordern.

**Nachhaltigkeit**

Der Klimawandel und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen stellen eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung dar. Belgien gehörte 2016 mit 7,6 gha (globaler Hektar) weltweit zu den 10 Staaten mit dem größten ökologischen Fußabdruck. Der ökologische Fußabdruck misst jene Fläche auf der Erde, den Menschen für ihren Lebensstil nutzen. Der für die natürlichen Ressourcen der Erde verträgliche Verbrauch wäre 1,8 gha pro Person (https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/255298/oekologischer-fussabdruck-und-biokapazitaet). Als Lösungsstrategie gilt das Handlungsprinzip der Nachhaltigkeit, das im Brundtland-Bericht (1987) der Vereinten Nationen wie folgt definiert wurde: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Möglichkeit künftige Generationen zu gefährden ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“ Der Nachhaltigkeitsbegriff der Brundtland-Kommission hat die Diskussion um die Handlungsstrategie der Nachhaltigkeit gefördert und gilt bis heute als Orientierungsrahmen. Eine einheitliche Definition des Begriffs „Nachhaltigkeit“ gibt es jedoch nicht. In den aktuelleren Definitionen finden sich zumeist drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Für die zukünftige Weltbevölkerung soll der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Wachstums und soziale sowie generationale soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden. In der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte werden die globalen Entwicklungsprobleme mit ihren wechselseitigen Auswirkungen ganzheitlich betrachtet. Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung setzen an der regionalen, nationalen und internationalen Politik (ordnungspolitische Maßnahmen: Steuern, Subventionen, Festlegung von Grenzwerten, Forschungsförderung, Vorschreiben von Umweltschutztechnologien etc.) an, erfordern vor allem aber auch einen Wandel des Bewusstseins und Handelns bei jedem einzelnen Menschen (Erwerb nachhaltiger Produkte; Verzicht auf Konsum, auf Flugreisen und Autofahrten; Kaufboykotte; Sanierung der Bausubstanz etc.). Thematisiert werden kann in diesem Zusammenhang auch die Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein und realem Handeln.

Mit Blick auf die politisch-demokratische Bildung ist die Nachhaltigkeitsdebatte besonders interessant, weil die Impulse für eine nachhaltige Entwicklung und das Handeln der Politik stark von NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) ausgegangen sind und ausgehen. Bürger machen Politik.

Lehr- und lernmethodisch kann die gesellschaftliche Herausforderung der Nachhaltigkeit wie folgt umgesetzt werden: Projektarbeit (z.B. Erstellung einer Collage zum Thema Nachhaltigkeit, Konzeption einer Ausstellung, eines Filmbeitrags), Fallanalyse: Chemieindustrie und Nachhaltigkeit, Pro- und Contra-Diskussion, Podiumsdiskussion.

**Anregungen für den Unterricht in deutscher und in französischer Sprache finden Sie unter: http://www.cahiers-developpement-durable.be/.**